

# Denk-Anstöße

Interessantes, Merkwürdiges und Nachdenkliches, gesammelt von Dietrich W. Thielenhaus

## Anderes Volk?

Allmählich stellen sich grundsätzliche Fragen nach dem Demokratieverständnis unserer Politiker, die immer neue Milliarden im Euro-Rettung genannten Fass ohne Boden versenken, obwohl sich mittlerweile die große Mehrheit von Bevölkerung, Wirtschaft und Wissenschaft dezidiert gegen eine Fortsetzung des außer Kontrolle geratenen Rettungswahns ausspricht. Die Berliner Allparteien-Koalition schreitet gleichwohl unbeindruckt fort auf ihrem Weg zur irreversiblen Transfer- und Schuldenunion. Die zwischenzeitlichen verbalen Beschönigungen und Irreführungen unterliegen offenbar dem Prinzip: Es gilt das gebrochene Wort. Nie zuvor in der Geschichte der Bundesrepublik sind Volkswille und Regierungshandeln in einer Frage von existenzieller Bedeutung so weit auseinander geklafft. Nie zuvor hat sich das deutsche Parlament in solch peinlicher Weise als „Abnickverein“ präsentiert. Die Bundestagsabgeordneten scheinen sich den „Fraktionszwängen“ stärker verpflichtet zu fühlen als ihrer amtseidlichen Verpflichtung, Schaden vom deutschen Volk abzuwenden. Eine Regierung, die so offensichtlich die Wünsche der Wähler missachtet, wäre gut beraten, sich ein anderes Volk zu suchen.

## „Dicke Bertha“

Die FAZ kommentiert die neuesten Brüsseler Hütchenspielereien folgendermaßen: „Dank der ‚Dickten Bertha‘ haben sich die Banken vollgesaugt mit Staatsanleihen der Südländer. Jetzt soll eine Bankenunion als Rettung für

den Euro verkauft werden. Erst prügeln Griechenland, Spanien und andere Schuldensünder ihre Banken in die eigenen Staatsanleihen, dann soll, weil die Risiken natürlich zu groß werden, die Bankenunion mit einer Gemeinschaftshaftung dafür sorgen, dass das gefährliche Spiel in noch größerer Dimension weitergehen kann.“ Und weiter: „Griechische Banken, die nur dank einer EZB-Notfallhilfe am Leben gehalten werden, sollen frische Anleihen von Griechenland kaufen, die sonst keiner haben will, um sie sofort wieder bei der EZB einzulösen, wo sie das Geld wiederbekommen, das sie gerade an Athen überwiesen haben. Den Eurofinanzministern bietet die EZB das Perpetuum mobile zur Finanzierung der Krise an. Kein Wunder, dass sie mehr davon wollen.“ Ifo-Chef Sinn merkt dazu an: „Die Haftungsrisiken in der Bankenunion sind noch gewaltiger als bei Euro-Bonds. Die Bankenschulden liegen bei rund 9.300 Milliarden, die Staatsschulden betragen etwa 3.400 Mrd. EUR.“ Und er weist darauf hin, dass die Ersparnisse aus dem Norden nun nicht mehr über den Markt, sondern über die beiden planwirtschaftlichen Institutionen EZB und ESM in den Süden geleitet werden.

## Holland(e) in Not

Während sich die öffentliche Wahrnehmung in puncto Schuldenkrise noch vorrangig auf Griechenland, Portugal und Spanien konzentriert, blicken Kenner der Materie zunehmend besorgt auf Italien und Frankreich. Vor allem unser westliches Nachbarland hat nach der Machtübernahme durch

Der Autor dieser Kolumne ist als Geschäftsführer der Marketing-Agentur Thielenhaus & Partner GmbH (Wuppertal) beruflich nicht nur mit dem SHK-Bereich, sondern auch mit zahlreichen anderen Branchen vertraut. Für die Leser der RAS formuliert er aus seinen Erfahrungen, Einblicken und Erkenntnissen allmonatlich „Denk-Anstöße“, die über den Tag hinaus von Bedeutung sein könnten.



Dietrich W. Thielenhaus

die Sozialisten wenig ausgelassen, um die internationale Wettbewerbsfähigkeit weiter zu verschlechtern. Dem hat die Ratingagentur Moody's durch eine Aberkennung des Triple A Rechnung getragen, was wiederum die Herabstufung von ESM und EFSF ausgelöst hat. Die damit verbundene Verteuerung der Finanzierung am Kapitalmarkt schwächt das Land, das bisher als zweitwichtigste ESM-Säule galt und Deutschlands bedeutendster Handelspartner in Europa ist. Die volkswirtschaftlichen Struktur Nachteile infolge verschleppter Reformen könnten der Eurozone einen weiteren Problemfall der desaströsen Dimension mit unkalkulierbaren Auswirkungen beschieren. Die Staatsverschuldung dürfte 2012 etwa 90% des BIP erreicht haben, was dem zweit schlechtesten Wert unter den sogenannten Kernländern entspricht. Für soziale Brisanz sorgt die hohe Arbeitslosigkeit, die aktuell bei circa 10% liegen dürfte. Trotz allem: Eine volkswirtschaftliche Trendwende durch wirksame Strukturreformen der Regierung ist derzeit nicht in Sicht.

## Heile Welt

Obwohl Spanien bis zu 100 Mrd. EUR des ESM zur Rettung seiner maroden Banken benötigt, das Steuer- und Geldwäscheparadies Zypern 17,5 Mrd. europäischer Steuermittel zur Sicherung vor-

rangig russischen Oligarchengeldes erhalten soll, Portugal zusätzliche „Erleichterungen“ wie Griechenland fordert, Irland ein zweites Rettungspaket braucht, Italien schon bald dramatische Unterstützungswünsche auf den Tisch legen dürfte und Frankreich taumelt, hat die EU die Welt wissen lassen, der Höhepunkt der Krise in Europa sei überwunden. Nun ist spätestens seit den erstaunlichen Offenbarungen von Jean-Claude Juncker allgemein bekannt, dass die politische Lüge in ernster Lage zur selbstverständlichen Basis-Kommunikation der Eurokraten geworden ist. Insofern mag man die Gute-Laune-Propaganda als Pfeifen im dunklen Wald abtun. Nicht auszuschließen ist allerdings, dass die Proporz-Kommissare längst zum Opfer ihrer permanenten Manipulation geworden sind und unter fortgeschrittenem Realitätsverlust leiden. Tatsache ist, dass die Zeichen für den europäischen Wirtschaftsraum auf Sturm stehen. Tatsache ist, dass sich Schuldenkrise und Rezession gegenseitig verschärfen. Tatsache ist, dass die Arbeitslosigkeit im Euroraum auf 11,7% gestiegen ist. Tatsache ist, dass die finanziellen Risiken für Zahlmeister Deutschland weiter sprunghaft zunehmen. Tatsache ist auch, dass die Wahrscheinlichkeit für ein Scheitern der Währungsunion seit 2010 deutlich gewachsen ist.